

Standpunktpapier 13. November 2018

Wir sparen in Oberösterreich zu Lasten von Menschen mit Beeinträchtigungen! Wollen wir das wirklich?

Ja zur von der Politik versprochenen Schaffung von **400 Wohnplätzen** für Menschen mit Beeinträchtigungen bis ins Jahr 2021.

Aber **nein** zum eingeschlagenen **Weg der Finanzierung**: Denn das Geld dafür holt das Land durch **deutliche Leistungskürzungen bei genau diesen Menschen!** Weniger Mittel für niederschwellige Tageszentren und Freizeiteinrichtungen (minus 30 Prozent), Beschäftigung (minus vier Prozent) sowie geschützte Arbeit (minus 40 Prozent): Jahr für Jahr werden weitere 6,6 Mio. Euro für direkte Leistungen zur Hilfe und Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen fehlen! **Wollen wir das wirklich?**

JA zu **Solidarität in der Gesellschaft**, aber **nein** zu einem **Sozialbudget**, das zwar seit 2015 **nominell gestiegen ist**, der Zuwachs aber für **Schuldenrückzahlungen des Sozialressorts** und für die **kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen** aufgewendet werden muss. Real kommt bei Menschen mit Beeinträchtigungen seit Jahren immer weniger Geld und damit weniger Leistung und weniger Qualität an. **Wollen wir das wirklich?**

Ja zu **Effizienz im Sozialbereich**: Die Sozialunternehmen Oberösterreichs sind als Auftragnehmer des Landes **zu Effizienz und Effektivität verpflichtet** und stehen auch im Wettbewerb. Eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien zeigt: Die Sozialunternehmen Oberösterreich haben in der Administration und im System keine Sparpotentiale mehr. Daher **nein** zu Vorwürfen, die Sozialunternehmen Oberösterreichs seien ineffizient. Wir lösen soziale Problemlagen, mit unserer Kompetenz und Expertise. Jedes weitere **Kürzungspaket** nimmt **ungebremst Menschen mit Beeinträchtigung etwas weg**. **Wollen wir das wirklich?**

Ja zu **Sparsamkeit**: Die Sozialunternehmen Oberösterreichs haben sich beginnend mit 2015 beim Land Oberösterreich zu einer stufenweise ansteigenden Einsparung verpflichtet: **Ab 2020 ist das jährliche Budget um 25 Mio. Euro niedriger als das Jahresbudget 2015!** Wir

haben alles getan, damit diese Budgetkürzungen möglichst nicht bei den Menschen ankommen. Aber wenn die Budgetmittel sinken, merken das natürlich auch die Betroffenen.

Daher ein klares **Nein** zu Aussagen der Politik, die ein steigendes Leistungsangebot in den Vordergrund stellen. Denn die geplante **zusätzliche Kürzung** von **6,6 Mio.** Euro ab 2019 bis 2023 und die im Raum stehende **nochmals dazukommende Kürzung von mindestens 4,3 Mio.** Euro reißen weitere Geldlücken auf. Aktuell liegen wir bereits bei **elf Prozent strukturellen Kürzungen seit dem Jahr 2010, und das nachhaltig und dauerhaft! Mit den neuen Einsparungen wären es über 15 Prozent!** Dieses fehlende Geld trifft die Menschen mit Beeinträchtigungen in Oberösterreich voll und direkt. **Wollen wir das wirklich?**

Ja zur verpflichtenden Einhaltung der **UN-Behindertenrechtskonvention**. Aber **nein**, wir können sie in Oberösterreich **nicht mehr einhalten**, weil die Leistungslücken zu groß sind und somit ein Leben für Menschen mit Beeinträchtigung mitten in unserer Gesellschaft nicht mehr möglich ist. Die Sicherstellung der Versorgung rückt in den Vordergrund, die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens leider zwangsläufig in den Hintergrund. Die Politik hat das Ziel, Oberösterreich zu einer der Topregionen Europas, zum Land der Möglichkeiten zu machen. Aber für die **Rahmenbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigungen soll das nicht gelten? Wollen wir das wirklich?**

Und daher fordern wir: Rücknahme der geplanten weiteren Kürzungen! 25 Mio. Euro, nachhaltig und dauerhaft, sind genug!